

stige, vorausschauende strategische Entscheidungen unserer Parteiführung und der Regierung haben wir in den 40 Jahren unserer Republik die Braunkohlenförderung von 125 Millionen Tonnen im Jahre 1949 auf rund 310 Millionen Tonnen im Jahre 1988 steigern können. Dies war möglich durch eine komplexe, volkswirtschaftlich angelegte Planung, die in den letzten Jahren nicht ausreichend fundiert fortgesetzt wurde.

Die letzten zentralen Beschlüsse zur langfristigen Arbeiten der Braunkohlenindustrie datieren aus dem Jahre 1984. Sie wurden mit einer Reihe von Abstrichen und mit Zeitverzug durchgesetzt, was zu erheblichen zusätzlichen ökonomischen Aufwendungen führte. Ich muß kritisch anmerken, daß das gegenwärtige Produktionsniveau unserer Tagebaue vom Vorbereitungsvorlauf der 70er und Anfang der 80er Jahre zehrt und daß wir für die 90er Jahre nur eine unzureichende Vorlaufsicherung haben.

Obwohl wir seit Jahren mehrfach permanent unsere Vorstellungen zur langfristigen Entwicklung ausgearbeitet und konkret unterbreitet haben, ist leider festzustellen, daß zum Beispiel eine Vorlage für das Politbüro im Jahre 1988 ohne Entscheidung mit der Bemerkung zurückgegeben wurde: »Das verträgt das Politbüro nicht.«

Analog und teilweise noch bedenklicher ist die Lage unserer 12 Brikettfabriken im Braunkohlenkombinat Senftenberg. Dort vollzieht sich die Produktion derzeit in Industrieanlagen, die im Durchschnitt älter als 80 Jahre sind. Ihre notwendige grundlegende Rekonstruktion war in den zurückliegenden Jahren nicht möglich, was mit »unlösbaren« Problemen für die materiell-technische Sicherung und den Umweltschutz erklärt wurde.

Wir sind der Auffassung, daß es zur schrittweisen Erneuerung der Brikettfabrikön keine Alternative gibt. Sie sollte durch die komplexe Rekonstruktion bei gleichzeitiger Stilllegung solcher Anlagen erfolgen, die nach den heutigen Erfordernissen der technischen Sicherheit und zumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen nicht mehr rekonstruktionswürdig sind. Diese hier nur mit wenigen Fakten skizzierte Lage erfordert strategisch weitsichtige Arbeit der Regierung *auch* und *gerade* zur Energiepolitik.

Laßt mich hinzufügen: Werden weiter Versäumnisse in diesem Bereich zugelassen, werden dringend anstehende Entscheidungen zu den Kohlefeldern Welzow-Süd und Cottbus-Süd durch die Regierung weiter wie bisher verzögert, ist unschwer abzusehen, wann die Kohleindustrie nicht mehr in der Lage sein wird, die für das Wirtschaftswachstum unserer Republik notwendigen Primärenergieträger sicherzustellen. Und dann gehen die Bürger auf die Straße.

Die Auswirkungen von Fehlentscheidungen und manchem Wunschgedanken (Ablösung der Kohle durch SU-Erdöl) in der Energiepolitik haben wir in den Jahren 1967 und danach deutlich zu spüren bekommen und die